

Zukunftsfähige Energieversorgung des Industriestandortes Deutschland

DIE HERAUSFORDERUNG

Die steigenden Energiepreise ziehen eine fundamentale Veränderung von Wertschöpfungsketten nach sich. Damit Unternehmen unter diesen unsicheren Bedingungen weiterhin in die Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, also klimaneutralen, Industrie investieren können, ist es zwingend notwendig, für eine klar begrenzte Übergangszeit Investitionssicherheit durch einen berechenbaren Rahmen für die Verfügbarkeit von Energie bezüglich Menge und Preis zu schaffen. Wer effektiv eine Deindustrialisierung Deutschlands verhindern will, muss sich zu den vorhandenen Werkzeugen umgehend verhalten und vor allem Maßnahmen unverzüglich entscheiden und umsetzen. Die energieintensive Industrie hat sich in mehreren GWD-Gesprächsrunden auf folgende Aussagen hierzu verständigt:

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Brückenstrompreis als wichtiges Maß für Unternehmensentscheidungen umsetzen:** Für die deutsche Industrie ist es fundamental, eine langfristige Perspektive durch einen international wettbewerbsfähigen Strompreis zu erhalten. Neben hohen Stromkosten werden künftig der Stromtransport und die Zwischenspeicherung für die kontinuierliche Stromversorgung große Kostentreiber sein. Während hierfür Lösungen (durch Hochlauf der erneuerbaren Energien) erarbeitet werden, braucht es zwischenzeitlich einen sofortigen Brückenstrompreis, um Wertschöpfung am Standort zu halten und gleichzeitig diese zu transformieren. Der Brückenstrompreis muss schnell und einfach umsetzbar sowie sektorspezifisch angepasst sein. Während der Brückenstrompreis als zeitlich begrenztes Mittel dient, muss eine langfristige Unterstützung auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden.
- Abschaffung des Spitzenausgleichs bei Strom- und Energiesteuer vermeiden:** Ergänzend zu den Strompreisen müssen jedoch auch Belastungen durch Netzentgelte, Steuern und Umlagen beachtet werden. Im europäischen Vergleich sind die Stromsteuern außerordentlich hoch. Stromsteuerentlastungen können daher dazu dienen, die Belastung für die Industrie in Deutschland zu mindern. Allerdings erfordern energieintensive Unternehmen zusätzliche Entlastungsmaßnahmen. In Anbetracht der Tatsache, dass der Spitzenausgleich als bewährtes Mittel der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gilt, lehnt die Industrie die Abschaffung dessen stark ab. Die Streichung würde faktisch einer Steuererhöhung entsprechen. Laut dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. würde sich die Stromsteuer betroffener Unternehmen dadurch verzehnfachen und die Belastung damit unverhältnismäßig größer werden.
- CO₂-Bepreisung zukunftsweisend anpassen:** Um eine effektive Lenkungswirkung für den Klimaschutz zu erzielen, muss die Höhe der CO₂-Preise regelmäßig überprüft und angepasst sowie sektorspezifisch festgelegt werden. Während im Stromsektor bereits ein geringer CO₂-Preis Anreize zur CO₂-Vermeidung setzt, ist im Gebäude- und Verkehrsbereich eine höhere Bepreisung erforderlich. Die Einnahmen aus der Bepreisung müssen in die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Um deutsche Unternehmen im Sinne des Klimaschutzes wettbewerbsfähig zu halten, braucht es zusätzlich einen Schutz des EU-Binnenmarktes vor weniger klimafreundlich hergestellten Produkten. Dafür kann eine nachträgliche CO₂-Bepreisung in Erwägung gezogen werden.
- Fördermaßnahmen für klimaverträgliche Produktionsweisen sinnvoll aufsetzen:** Es gibt viele Beispiele für ineffiziente Fördermaßnahmen: Die Klimaschutzverträge verringern die Anfangsrisiken der Transformation hin zu klimaverträglichen Produktionsweisen für energieintensive Industrieunternehmen. Die inhaltlichen Punkte des Projekts sind jedoch nicht so konzipiert, dass sie branchenübergreifend wirken. So ist der Fokus auf die EU-ETS als Referenz für international konkurrierende Branchen (z.B. Chemie) nicht zweckmäßig, da Wettbewerber:innen in anderen Staaten vorteilhaftere Voraussetzungen für ihren Handel vorfinden. Die Branchen und Akteure der Industrie sind individuell zu betrachten und internationale Richtwerte sollten als Referenz herangezogen werden.
 - Den Fokus der Förderrichtlinie ausschließlich auf Scope 1 Emissionen zu legen, ist in einzelnen Industriezweigen weder überzeugend noch im Sinne des Klimaschutzes als ausreichend zu bewerten.
 - Durch das Auflockern der Vorgabe einer 90-prozentigen Einsparung von Treibhausgasen könnten etliche Branchen, durch vergleichsweise niedrige finanzielle Aufwendungen, zusätzlich große Emissionseinsparungen erreichen.

Die Komplexität der Förderung erschwert es der Industrie zusätzlich, verlässliche Kosten- und Risikoprognozen zu erstellen. Die Beantragung und Umsetzung von Förderungen müssen weniger komplex erfolgen können, um auch klein- und mittelständigen Unternehmen einen Zugang zu ermöglichen. Hierfür bieten sich Steuersubventionen an.

Das Fachforum Energie

Vor dem Hintergrund der energiepolitischen Herausforderungen in Deutschland und Europa führt der GWD eine Vielzahl von Veranstaltungen und Diskussionsformaten zum Thema Energie durch. Schwerpunkte liegen dabei auf der energieintensiven Grundstoffindustrie, der regionalen Energiewende sowie den Themen emissionsarme Energieträger und Dekarbonisierung.

